

20.03.2012 / Inland / Seite 4

## **Berufsverbote: GEW fordert Rehabilitierung**

**Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft diskutierte in Göttingen über »Radikalenerlaß« von 1972**

Am Samstag fand in der Geschwister-Scholl-Gesamtschule in Göttingen eine Veranstaltung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) zum Thema »40 Jahre Radikalenerlaß« mit etwa 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmern statt. Am Vortag hatte der GEW-Hauptvorstand eine Resolution gegen die Gesinnungsschnüffelei verabschiedet. Der Erlaß, der auf einen Beschluß des damaligen Bundeskanzlers Willy Brandt (SPD) und der Regierungschefs der Länder vom 28. Januar 1972 zurückgeht, hatte Millionen Regelanfragen beim Verfassungsschutz zur Folge. Zur Bilanz der Verfolgung gehörten 11000 Verfahren wegen Tätigkeitsverbot, 2200 Disziplinarverfahren, weit über 1000 Ablehnungen von Bewerberinnen und Bewerbern sowie 265 Entlassungen aus dem öffentlichen Dienst.

In dem nun gefaßten Beschluß bewertet die GEW den »Radikalenerlaß« und die darauf beruhende Politik der Berufsverbote, die in vielen Fällen Mitglieder der DKP traf, als eine politische und rechtsstaatlich falsche Entscheidung, die eine verhängnisvolle gesellschaftliche Entwicklung in Gang gesetzt habe. »Die Politik der Berufsverbote war und ist verfassungswidrig«, so die GEW. Die Gewerkschaft fordert eine umfassende Rehabilitierung der Betroffenen durch Bund, Länder und Kommunen sowie die unverzügliche Streichung der sogenannten Extremismusklausel. Zudem bittet die GEW die Betroffenen der sogenannten Unvereinbarkeitsbeschlüsse um Entschuldigung. Die Gewerkschaft hatte zwar vielen Mitgliedern in ihrem Kampf gegen Berufsverbote Rechtsschutz gegeben, doch nicht wenige wurden auch »als linksextremistisch« ausgeschlossen. Ulrich Thöne, Vorsitzender der GEW, bezeichnete die Veranstaltung sowie den Antrag in Göttingen als »überfällig« und einen »notwendigen Auftakt« auch zur Aufarbeitung der eigenen Geschichte. Das Jahr 2012 solle für weitere Veranstaltungen mit Zeitzeugen genutzt werden, um auf die Auswirkungen der Berufsverbote aufmerksam zu machen, so Thöne. Hartmut Tölle, Vorsitzender des DGB-Bezirks Niedersachsen/Bremen/Sachsen-Anhalt erinnerte an die Parteiordnungs- und Ausschlußverfahren, die schon wegen einer Unterschrift gegen die Berufsverbote eingeleitet worden seien. Eine zeithistorische Einordnung lieferte Prof. Dr. Wolfgang Wippermann von der FU Berlin. Die Schauspielerinnen Rosa Jansen und Katharina Schenk aus Berlin inszenierten die Verfolgungsparanoia eindrucksvoll in einer Lesung zu »Gesinnungsschnüffelei und Hexenjagd«. (jW)

[www.berufsverbote.de](http://www.berufsverbote.de)